Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

119 (24.5.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 119 — Dienstag, den 24. Mai 1932 — 103. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Das Flugboot Do. X ist in Vigo nach England gestartet und dort abends gelandet.

*

Dr. Pfriemer, der ehemalige österreichische Heimwehrführer, hat sich mit dem Deutschen Heimatschutz Adolf Hitler unterstellt.

*

In Brüssel hat Renkin das neue belgische Kabinet gebildet. Hymans führt das Auswärtige.

*

Am Dienstag tritt der neue preußische Landtag erstmals zusammen, einer Tagung, der man mit größter Spannung entgegensieht.

*

Der neue bayerische Landtag wird am 31. Mai erstmals zusammentreten, der bisherige Präsident Dr. Stang (Bayerische Volkspartei) dürfte wiedergewählt werden.

*

Die Verhandlungen über die Bildung einer Regierung in Württemberg unter Einbeziehung der Nationalsozialisten sind gescheitert.

*

Die österreichische Bundesregierung bereitet eine Moratoriums-Verordnung vor, um für den Fall der Devisensperre für Auslandsschulden die nötigen Maßnahmen für einen Schilling-Zinsendienst für die Auslandsschulden zu treffen.

*

In Preußen fordern die Kommunisten die Sozialdemokraten und das „mit ihnen verbündete Zentrum" auf, durch Obstruktion die Nationalsozialisten an der Regierungsübernahme zu verhindern. Auf der Tagesordnung der heute beginnenden ersten Landtagssitzung steht die Wahl des Landtagspräsidiums.

*

Im Preußischen Landtag haben die Nationalsozialisten Anträge auf Bildung von Untersuchungsausschüssen zur Prüfung der polizeilichen Maßnahmen und der Rechtspflege der letzten Jahre eingebracht.

*

In einer Presseerklärung erklärte Herriot, daß die leiseste Uebertreibung in der künftigen französischen Außenpolitik die nationalsozialistische Bewegung in Deutschland ebenso begünstigen, wie die geringste Schwäche sie ermutigen würde.

*

Die Sinnlosigkeit der Genfer Abrüstungsverhandlungen zeigt sich deutlich in einer Entschließung des Heeresausschusses, in der die Unmöglichkeit der Einigung über die Bestimmung des Angriffscharakters der Geschütze festgestellt wird.

*

Der bekannte Berliner Kunstfreund und Philantrop Dr. James Simon ist im Alter von 81 Jahren gestorben.

Sanierung, aber keine Besserung

Der Inhalt der neuen Notverordnung

Das Erschütternde der neuen Notverordnung, deren Veröffentlichung unmittelbar bevorsteht, beruht darin, daß bei der Zusammenstellung der für die Arbeitslosenversicherung, Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege notwendigen Mittel **eine Durchschnittsarbeitslosigkeit in Deutschland von 5,9 Millionen Menschen** angenommen wird. Diese Zahl enthüllt die tragische Situation, in der sich Deutschland befindet. Da nirgends Anzeichen einer Besserung der gesamten Wirtschaftslage zu erkennen sind, bleibt kein anderer Ausweg, als sich mit den einmal gegebenen Tatsachen abzufinden. Es geschieht dies in der Weise, daß breiten Volksschichten neue Opfer auferlegt werden. Das Kernstück der neuen Notverordnung wird die **Beschäftigtensteuer** bilden, die einen Ertrag von 325 Millionen bringen soll. Betroffen werden von der Beschäftigtensteuer alle Arbeiter, Angestellten, Beamten und Angehörigen freier Berufe, die ein Einkommen von mehr als 300 RM. aus Arbeit haben. Die Belastung wird 1,5 Prozent ausmachen. Dabei ist noch nicht klar, ob die Beschäftigtensteuer vom ganzen Betrage des Arbeitseinkommens erhoben wird oder nur von dem Teil, der über 300 RM. hinausgeht.

Für den gesamten Arbeitslosenfonds wird ein Betrag von 3018 Millionen RM. eingesetzt, d. h. daß im Durchschnitt auf jeden Unterstützten pro Jahr 512 RM. kommen. Im Einzelfall bestehen natürlich erhebliche Differenzen, da sich die Höhe der verschiedenen Unterstützungen nach zahlreichen Momenten richtet. Der Gesamtbedarf von 3 Milliarden wurde nur dadurch ermöglicht, daß in den einzelnen Versicherungsgruppen ein Umbau stattfindet, und zwar derart, daß die Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung von 20 auf 13 Wochen herabgesetzt wird. Andererseits tritt eine Erhöhung der Unterstützungsdauer bei der Krisenunterstützung von 45 Wochen ein. Im ganzen beträgt die Unterstützungsdauer 58 Wochen. Und bei den Unterstützungssätzen selbst dürften noch verschiedene Milderungen durchgeführt werden, vor allem ist anzunehmen, daß die Sätze der Arbeitslosenversicherung der der Krisenfürsorge stark angenähert werden.

Betrachtet man das Notverordnungswerk der Regierung, so ist nur das eine festzustellen, daß die Mittel für die Arbeitslosenversicherung im großen und ganzen gesichert erscheinen. Unter der Voraussetzung, daß keine unerwarteten Ereignisse eintreten, dürften die Erschütterungen, von denen so oft die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung wie die Gemeinden betroffen wurden, in Zukunft vermieden werden können. Damit wird die Wirtschaft von einem ständigen Unruheherd befreit.

Sieht man von dieser an sich erfreulichen Erscheinung ab, muß das neue Notverordnungsprogramm der Regierung doch eine allgemeine Enttäuschung hervorrufen, weil es keinen neuen Gedanken enthält und auch nicht der Weg gewiesen wird, mit dem die Allgemeinheit eine rasche Verbesserung ihrer Lage erhoffen kann. Das, was an Arbeitsdienst und Siedlung vorgesehen ist, nimmt einen so bescheidenen Rahmen ein, daß an eine wesentliche Linderung der Not nicht zu denken ist. Eine saubere und klare Rechnung legt die Regierung vor. Anzuerkennen ist das Bestreben, die Lasten möglichst gleichmäßig zu verteilen. Man gibt sich auch keinen Illusionen hin. Aber man hätte doch gern statt neuer Opfer, die gefordert werden, einen Weg aus der Finsternis und Not gesehen. Tatsächlich erfolgt die Sanierung wieder nur auf dem Wege einer neuen Belastung der Bevölkerung. Es gibt doch eine neue Steuer, die Beschäftigtensteuer, andere Angaben wie Krisen- und Bürgersteuer, die nicht erneut erhoben werden sollten, werden verlängert, also an eine Entlastung ist gar nicht zu denken.

Unter diesen Umständen kann man es verstehen, daß die Regierung es abgelehnt hat, im Wege der Steuern die Mittel für die Arbeitsbeschaffung hereinzubringen. Das ist zu begrüßen, weil sonst nichts anderes eingetreten wäre, als daß mit der einen Hand genommen wird, was mit der anderen gegeben wird. Andererseits ist es fraglich, ob durch die Prämienanleihe Mittel in genügendem Umfange aufkommen, um das großzügige Arbeitsbeschaffungsprogramm zu verwirklichen. Es sei daran erinnert, daß errechnet worden ist, daß für die Beschäftigung von 1 Million Menschen während eines Jahres ein Betrag von 2 Milliarden RM. notwendig ist. Sollte die Prämienanleihe 200 Millionen RM. erbringen, so würde dies bedeuten, daß 100 000 Menschen Arbeit finden können, eine natürlich nur äußerst geringfügige Zahl im Vergleich zu einer Durchschnittsarbeitslosigkeit von 5,9 Millionen.

Die Entscheidung über die 40-Stunden-Woche und die Gestaltung des Arbeitsdienstes dürfte erst im letzten Augenblick fallen.

Die Sinnlosigkeit der Genfer Abrüstungsverhandlungen

Keine Einigung über die Bestimmung des Angriffscharakters der Geschütze.

T.U. **Genf**, 23. Die völlige Ergebnislosigkeit und Sinnlosigkeit der Verhandlungen der technischen Ausschüsse zeigt sich deutlich in einer Entschließung des Heeresausschusses, mit der die Beratungen über die Bestimmung des Angriffscharakters der Geschütze abgeschlossen wurden. Die Entschließung stellt lediglich fest, daß man sich über die Bestimmung der Geschütze, die als Angriffswaffen anzusehen sind, nicht geeinigt hat. Die Entschließung enthält lediglich eine Aufstellung der verschiedenen Auffassungen und bringt zum Ausdruck, daß eine Reihe von Staaten unter der Führung von Frankreich jeder Bestimmung der Angriffswaffen und jeder Feststellung der Geschützkaliber mit Angriffscharakter ausweichen. Es ist dagegen versucht worden, den Angriffscharakter der Geschützkaliber möglichst hoch festzusetzen, so daß man fast die gesamte schwere Artillerie nicht als Angriffswaffe, sondern als Verteidigungsmittel bezeichnet.

Die deutsche Abordnung hat gemeinsam mit den übrigen abgerüsteten Staaten, der Türkei und Sowjetrußland, mit großem Nachdruck darauf gedrungen, entsprechend dem Versailler Vertrag den Angriffscharakter der gesamten schweren Artillerie festzulegen, ist jedoch mit ihrer Auffassung nicht durchgedrungen. Eine andere Staatengruppe, England, Italien, Holland, Schweden, und eine Reihe kleinerer Staaten, versuchten, eine Mittellinie zu finden.

*

Frankreich hintertreibt die Bestimmung der Flugzeugbomben als Angriffsmittel.

T.U. **Genf**, 23. Mai. Im Luftfahrtausschuß der Abrüstungskonferenz ist die von Deutschland geforderte Bestimmung, alle Abwurfmittel aus der Luft als reine Angriffswaffe auf französischen Antrag hin mit 18 gegen 10 Stimmen abgelehnt worden.

Der Luftfahrtausschuß setzte nach der hier üblichen Methode zwei Unterausschüsse für die Flugzeugmutterschiffe und die Festsetzung der einzelnen Flugzeugarten im Hinblick auf ihre militärische Wirksamkeit ein. Der Vertreter der deutschen Abordnung, Ministerialdirektor Brandenburg, der in die beiden Unterausschüsse hineingewählt wurde, lehnte die Teilnahme mit der Begründung, daß Deutschland die völlige Abschaffung der gesamten Militärluftfahrt fordere und daher Beratungen über die Angriffsfähigkeit einzelner Luftrüstungsarten für vollständig überflüssig halte.

Den deutschen Vertretern in einzelnen technischen Ausschüssen ist gegenwärtig die Möglichkeit geboten, immer wieder die grundsätzliche Forderung auf Gleichberechtigung Deutschlands in den Vordergrund zu rücken und die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages als die entscheidenden Richtlinien für die Behandlung der Abrüstungsfrage zu erklären. Die französische Abordnung ist hierdurch gezwungen worden, sich gegen diese Angriffe zu verteidigen und zum Versailler Vertrag Stellung zu nehmen. In vielen Fällen hat Frankreich mit seiner Auffassung allein gestanden.

*

Professor Einstein und Lord Ponsonby über die Abrüstungskonferenz.

T.U. **Genf**, 23. Mai. Professor Einstein und Lord Ponsonby sind in Genf eingetroffen, um als Vertreter der Internationalen Liga für den Widerstand gegen den Krieg Eindrücke über den Stand der Abrüstungskonferenz zu sammeln. Die Herren machten am Montag der internationalen Presse etwa folgende Ausführungen:

Auf der Abrüstungskonferenz hat man keinen hoffnungsloseren Weg wählen können als den der qualitativen Abrüstung. Die in Genf angewandten Methoden könnten lächerlich genannt werden, wenn sie nicht gleichzeitig so tragisch wären. Lächerlich sei es zu glauben, daß man Kriege dadurch aus der Welt schaffen könne, daß man durch wohlausgedachte Reden bestimme, wie der Krieg geführt werden soll. Eine der allerwichtigsten Aufgaben sei die moralische Abrüstung. Einstein unterstrich besonders die Durchführung der Entwaffnung aller Länder entsprechend den Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Bedingungen als einen guten Schritt. Darüber hinaus müsse aber die vollkommene Abrüstung im Laufe von fünf Jahren unbedingt gefordert werden. Die Ordnung der internationalen Verhältnisse sei zu erzielen, wenn jeder Staat und jeder Staatsbürger bereit sei, auf die Souveränität seines Landes soweit zu verzichten, daß er sich jeder Entscheidung einer von ihm geschaffenen internationalen Instanz unterziehe. Als bestes Mittel zur Kriegsverhütung empfahl Einstein besonders den Frauen, ihren ganzen Einfluß dahin geltend zu machen, die Männer zur unbedingten Kriegsdienstverweigerung aufzustacheln. Der Abrüstungskonferenz müsse das Todesurteil gesprochen, die Sachverständigen als untauglich nach Hause geschickt werden.

*

Eine Festlegung im Genfer Marineausschuß

Genf, 23. Mai. Der Vertrag von Trianon hat bekanntlich Ungarn die Unterhaltung von **Flußmonitoren** von einer gewissen Größe ab verboten. Ungarn hat nunmehr den Antrag gestellt, Flußmonitore von einer gewissen Größe ab als Angriffswaffe zu bezeichnen. Der französische Vertreter, **Marineminister Dumont**, wandte sich im Marineausschuß gegen diesen Antrag und betonte ausdrücklich, daß man durch die Entwaffnungsbestimmungen Deutschland und seine Verbündeten auch eines Teiles ihrer Verteidigungmittel habe berauben wollen und wies zur Erläuterung darauf hin, **daß auch die Rheinlandfestungen, die doch ausschließlich Verteidigungszwecken dienten, geschleift werden mußten.**

Der deutsche Vertreter, Vizeadmiral von Freyberg, wies demgegenüber darauf hin, daß der Versailler Vertrag eine ganze Reihe rein technischer Artikel enthalte und daß es auch, wenn man zugeben könne, daß die Frage eine gewisse politische Seite habe, es für die Arbeiten der Abrüstungskonferenz unumgänglich sei, bei jeder Gelegenheit auf diese Artikel, in denen das Problem der Entwaffnung Deutschlands auch von rein technischen Gesichtspunkten gelöst worden sei, hinzuweisen. Freyberg erklärte, er nehme aber mit größtem Interesse die Feststellungen einer so berufenen Autorität, wie es der französische Marineminister sei, zur Kenntnis, daß der Versailler Vertrag Deutschland auch die Verteidigungsmittel habe nehmen wollen.

Zehn Jahre Ev. Kirchenbund

Am 25. Mai dieses Jahres ist der Deutsche Evangelische Kirchenbund zehn Jahre alt. Lose Formen der Zusammenarbeit gab es zwischen den deutschen Landeskirchen schon vor dem Kriege. Aber erst die Ereignisse nach dem Kriege ließen ein festes kirchliches Rechts- und Verfassungsgebilde ins Leben treten, eben den Deutschen Evangelischen Kirchenbund, dessen Verfassung am Himmelfahrtstage 1922 in Wittenberg von den Bevollmächtigten der 28 deutschen Landeskirchen unterzeichnet wurde. Die einzelnen Landeskirchen blieben selbständig in Verfassung, Verwaltung und Bekenntnis. Man trat zusammen zur Wahrnehmung der gemeinsamen Aufgaben des deutschen Protestantismus gegenüber Kultur und Oeffentlichkeit, Staat und Auslandsdeutschtum und den anderen Bekenntnissen. Das Zehnjahresgedächtnis zu feiern, hält der Deutsche Evangelische Kirchenausschuß seine Frühjahrssitzung Ende Mai in Wittenberg. Am Gedächtnistage selbst, dem 25. Mai, findet in der Wittenberger Schloßkirche ein Gottesdienst statt.

„Do. X" wird in Berlin erwartet

Das deutsche Flugschiff „Do. X" ist mit seiner vierzehnköpfigen Besatzung am Samstag früh 8 Uhr MEZ. in Holyrood (Neufundland) aufgestiegen und abends um 13.15 Uhr MEZ. in der Bucht von Horta auf den Azoren niedergegangen. Es startete dann am Sonntag früh um 9.19 Uhr MEZ. wieder in Richtung auf die spanische Küste und ist am Sonntag abend 8.45 Uhr MEZ. in Vigo in Spanien gelandet. Das Flugschiff war bei der Ankunft auf Horta bereits einige Zeit überfällig. Nachdem es mit eigener Kraft von der Reede in den Hafen gefahren war, wurde die Besatzung vom deutschen Vizekonsul und von Vertretern der Behörden begrüßt. Die Offiziere des „Do. X" erklärten, sie hätten bei gutem Wetter eine glatte Ueberfahrt gehabt. Sofort nachdem das Flugschiff im Hafen festgemacht hatte, wurde mit der Auffüllung mit Brennstoff begonnen.

Do. X Dienstag in Berlin?

Berlin, 23. Mai. Das deutsche Riesenflugboot Do. X wird nach seinem Fluge über den Ozean am Dienstag in Berlin erwartet. Das Flugschiff, das von England kommt, soll auf dem Müggelsee landen. Am Montag früh 10 Uhr startete Do. X in Vigo zum Weiterflug.

Do. X in England

Southampton, 23. Mai. Do. X ist Montag abend 19 Uhr 15 hier eingetroffen.

Glückwunsch an Do. X

Zur West-Ost-Ueberquerung des Nord-Atlantik haben die Dornier-Metallbauten Friedrichshafen nachstehendes Fernschreiben erhalten: Zur zielbewußt durchgeführten West-Ost-Ueberquerung des Nort-Atlantik mit Do. X 1, Besatzung und Erbauer mit allen Werksangehörigen namens der württ. Staatsregierung hohe Anerkennung und herzlichste Glückwünsche. Wirtschaftsminister Dr. Maier.

„Do X" am Dienstag nachmittag in Berlin.

T.U. **Berlin,** 24. Mai. Wie die Telegraphen-Union erfährt, wird das Flugschiff „Do X" am Dienstag vormittag zwischen 8,30 und 9 Uhr im Hafen von Southampton zum Rückflug nach Deutschland starten. Das Flugschiff wird seinen Kurs über Hamburg nehmen und am Nachmittag zwischen 16 und 18 Uhr auf dem Müggelsee bei Berlin niedergehen. Den Flug Southampton-Berlin wird auch Dr. Claude Dornier mit seiner Gattin an Bord der „Do X" mitmachen.

Aufregender Zwischenfall nach der Wasserung der „Do X".

T.U. **London,** 23. Mai. Als die „Do X" an der Boje auf der Reede von Calshot festmachen wollte, ereignete sich ein aufsehenerregender Zwischenfall. Eine Pinasse der Fliegerstation schleppte das Flugschiff nach der Festmacheboje. Als das Schlepptau losgeworfen worden war, versuchte ein Mann der Besatzung der „Do X", der auf dem Bug stand, die Boje zu erreichen. Hierbei überschlug er sich und fiel ins Wasser. Er konnte von einem Boot der Fliegerstation gerettet und wieder auf die „Do X" abgesetzt werden. In der Zwischenzeit war das Flugschiff von der starken Strömung nahe an die Flugstation herangetrieben worden. Da das Flugboot zu landen drohte, machten die Mechaniker verzweifelte Anstrengungen, um die Motoren wieder anzuwerfen. Dies gelang im letzten Augenblick, als die „Do X" nur noch wenige Meter von dem Landponton entfernt war. Das Flugschiff konnte bald darauf an der Boje festgemacht werden.

Der Flug von Vigo nach Southampton dauerte 6½ Stunden. Die „Do X" wird etwa 18 000 Liter Brennstoff übernehmen und dann nach Deutschland weiterfliegen.

Die schwedische „Lex Kreuger" in Kraft gesetzt

T.U. **Stockholm,** 23. Mai. In einem außerordentlichen Kronrat ist am Montag abend das Notgesetz über den Kreuger-Konkurs (Lex Kreuger) in Kraft gesetzt worden. Das Gesetz hat sofortige Gültigkeit erhalten, die sich bis Ende Februar 1933 erstreckt. Zuvor hatte der Reichsrat sich mit der Frage beschäftigt, die in beiden Kammern ohne Aussprache angenommen wurde, Verbunden mit dieser Maßnahme wird das Moratorium für „Kreuger u. Toll" und die nahestehenden Stellen außer Kraft gesetzt und der Konkurs sowohl über „Kreuger u. Toll" wie über die persönliche Hinterlassenschaft Ivar Kreugers erklärt. Das Schicksal der drei Unterdirektoren des Kreuger-Konzerns, die persönliche Verpflichtungen von „Kreuger u. Toll" übernommen hatten und bisher durch das Moratorium geschützt waren, ist noch nicht entschieden. Die Verpflichtungen allein des einen Direktors belaufen sich auf nicht weniger als 54 Millionen Kronen, deren Deckung in entwerteten Aktien besteht.

Hitler-Kundgebung in Oldenburg

Oldenburg, 23. Mai. Die Nationalsozialisten veranstalteten auf dem Rennplatz in Oldenburg-Ohmstedt eine große Wahlkundgebung. Gregor **Strasser** erklärte u. a., Brüning habe immer wieder als Ziel die Konzentration aller Kräfte auf die bevorstehende Reparationskonferenz in Lausanne bezeichnet. An sich sei diese Zielsetzung richtig gewesen, nur sei der Reichskanzler von einem Trugschluß ausgegangen, weil er glaube, daß mit einer Regierung ohne Vertrauen im Volke positive Entscheidungen herbeigeführt werden könnten. Zunächst sei das Führungsproblem in Deutschland zu lösen. Die Nationalsozialisten beanspruchten das Recht auf Führung, weil sie zum ersten Male seit zwölf Jahren kraftvolle Energien und neue Ideen herauskristallisiert hätten, weiter weil ihre Beurteilung der politischen Lage stets richtig, die der anderen aber falsch gewesen sei. Sobald das Führungsproblem gelöst sei, gelte es an die Fragen heranzugehen, die durch die schweren Wunden der Tribute, die Arbeitslosigkeit von 6 Millionen hervorgerufen seien. Die liberalistisch-kapitalistische Welt habe dabei versagt und große Wirtschaftsführer hätten zugelassen, daß die Schlote nicht mehr rauchen und die Bankführer hätten überhohe Zinsen genommen für die Vermittlung von Krediten, um sich schließlich aus den Steuergroschen der anderen sanieren zu lassen. Der Redner entwickelte dann in großen Zügen die Gedanken und Förderung der Arbeitsbeschaffung und der Arbeitsdienstpflicht, wie sie aus seiner Reichstagsrede bekannt sind. Zum Schluß wandte sich Strasser gegen neuerliche Richtungskämpfe in der NSDAP. und erklärte, er verbitte es sich, daß sein Name in diesem Zusammenhang genannt werde. Es gebe nur eine deutsche Arbeiterpartei unter Adolf Hitler. Strasser bezeichnete in seiner Rede die außenpolitische Situation überhaupt als sehr günstig. Sie sei noch nie so günstig gewesen wie heute im Vergleich zu 1918.

Adolf **Hitler** selbst führte u. a. aus, das Große des Nationalsozialismus und seiner Entwicklung von 1918 bis heute liege nicht in der Tatsache, daß hinter ihm bis jetzt 13 Millionen Menschen stünden oder daß die Partei so viele Mandate auf sich vereinigt habe wie keine andere Partei, sondern darin, daß wieder viele Millionen Menschen durch diese Ideen Lebensglauben und Lebenszuversicht erhalten können und über alles Trennende hinweg geeinigt würden in dem einen Gedanken, die Kraft der Nation zu stärken. Die Nationalsozialisten kämpften nicht um einzelne Mandate und um Ministersessel und daher komme es auch, daß ihre Gegner nicht verstehen, wenn sie nach siegreicher Schlacht nicht sofort vom Blick beseelt in eine Koalition hineinstürzten und etwa glücklich seien, ein paar Ministersessel zu besitzen. Sie hätten nicht den Kampf aufgenommen, um Ministerplätze zu erringen, sondern um Deutschland, und zwar Reich, Länder und Kommunen, zu erobern. Dem Nationalsozialismus werde es gelingen, und wenn nicht heute, dann in einem oder zwei Jahren, alle Deutschen zu erfassen, die jetzt noch außerhalb von ihr oder als Gegner zu ihr stünden.

Der hessische Haushalt durch Notverordnung in Kraft gesetzt

T.U. **Darmstadt,** 23. Mai. Infolge der Ungültigkeitserklärung der Landtagswahlen hat sich die hessische Regierung gezwungen gesehen, durch Notgesetz die erforderlichen Grundlagen für die Führung der Staatsgeschäfte zu schaffen. Das Notgesetz, das sich auf Artikel 48 der Reichsverfassung und auf die Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung der Haushalte von Ländern und Gemeinden vom 24. August 1931 stützt, ist inzwischen erlassen worden. Es wird dem neuen Landtag bei seinem Zusammentritt sofort zur Bestätigung vorgelegt werden.

Nationalsozialisten und Regierungsbildung

München, 23. Mai. Im „Völkischen Beobachter" veröffentlicht Alfred Rosenberg einen an das Zentrum gerichteten Artikel, in dem darauf hingewiesen wird, daß in Zentrumsblättern gefordert werde, die Nationalsozialisten könnten „zur Mitverantwortung herangezogen werden", aber unter keinen Umständen dürfte ihnen „der Staatsapparat ausgeliefert werden". Das heiße also, die mehr als zweimal so schwache Partei wolle den Nationalsozialisten nicht jene Posten in Preußen einräumen, die sie den internationalen Marxisten übergeben hatte. Das Zentrum werde bei Eröffnung des Preußischen Landtags für alles verantwortlich. Wolle es alles oder nichts, dann werde einmal der Tag kommen, da ganz legal auch ohne das Zentrum eine Regierung gebildet werden müßte, die dann selbstverständlich auf das Zentrum keinerlei Rücksicht mehr walten zu lassen vermöge. Der Wille der Nation sei eindeutig: Aenderung der Reichs- und Preußenpolitik, Führung durch Adolf Hitler. Diesem Willen werden sich einst alle beugen müssen, je schneller, um so besser für Deutschland.

Die nationalsozialistischen Journalisten gegen den Vorstand des Reichsverbands der Deutschen Presse

T.U. **München,** 23. Mai. Die Reichsarbeitsgemeinschaft nationalsozialistischer Journalisten veröffentlicht eine Erklärung, in der sie gegen die Protestentschließung des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Presse gegen die Ausweisung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Seger durch den nationalsozialistischen Präsidenten des Anhaltischen Landtages aus dem Landtagssitzungssaal Einspruch erhebt. Seger sei ausgewiesen worden wegen seiner allen journalistischen Moralbegriffen hohnsprechenden Kampfesweise und weil er die Art und das Ansehen der deutschen Wehrmacht in den Schmutz gezogen habe durch sein seinerzeitige Erklärung: „Man müsse jeden Reichswehrsoldaten so anschauen, als ob er gezecht habe." Ein solcher Mann habe das Recht verwirkt, den Boden eines solchen Parlaments zu betreten.

In der Erklärung wird ferner gegen den Einspruch des Vorstandes des Reichsverbandes der Deutschen Presse gegen das Verbot der „Danziger Volksstimme" Stellung genommen. Die Reichsarbeitsgemeinschaft danke der Danziger Regierung für ihr mannhaftes Eintreten für Deutschtum und Vaterland, das sie dadurch bewiesen habe, daß sie eine Zeitung verbot, die in hochverräterischer Weise den Polen in die Hände gearbeitet habe.

Zum Schluß heißt es in der Erklärung, daß der Vorstand des Reichsverbandes der Deutschen Presse nach dieser Stellungnahme kein Recht habe, als unparteiische Gesamtvertretung der deutschen Presse angesehen zu werden.

Die württ. Regierungsbildung gescheitert

Völlig ungeklärte Lage

Stuttgart, 23. Mai. Die in den letzten 14 Tagen gepflogenen Verhandlungen zwischen Nationalsozialisten, Zentrum, Deutschnationalen, Bauernbund, Demokraten und Christlichen Volksdienst zur Bildung einer neuen württembergischen Regierung sind am Montag wiederum ergebnislos abgebrochen worden. Sowohl die Koalition von Nationalsozialisten bis Zentrum sowie die Koalition von den Nationalsozialisten bis zu den Demokraten, jedoch ohne das Zentrum, sind endgültig als gescheitert zu betrachten, **da sowohl Zentrum wie Demokraten sich weigern, den Nationalsozialisten die Posten des Staatspräsidenten wie des Innenministers zu überlassen. Die Lage ist nunmehr völlig ungeklärt.** Alles ist wieder in der Schwebe und niemand weiß, wie die Wahl des Staatspräsidenten, die auf der Tagesordnung des für Dienstag einberufenen Landtags steht, erfolgen wird. **Eine neue Vertagung ist unausbleiblich,** da nach der Absage des Zentrums wie der Demokraten eine Bildung einer absoluten Mehrheit unmöglich geworden ist. Für die Weiterentwicklung bestehen drei Möglichkeiten: Die eine ist der Fortbestand der jetzigen Regierung Dr. Bolz als geschäftsführende Regierung. Die zweite ist die **Umbildung** der jetzigen Regierung in einer Form, in der sie von den Nationalsozialisten toleriert würde. In diesem Fall wird daran gedacht, daß an Stelle von Staatspräsident Dr. Bolz, der das Innenministerium behielte, **der deutschnationale Finanzminister Dr. Dehlinger das Staatspräsidium übernähme.** Eine dritte Möglichkeit ist die Bildung einer Minderheitsregierung zwischen Nationalsozialisten, Bauernbund, Deutschnationalen und Christlicher Volksdienst, die über 38 von 80 Mandaten verfügen würde, deren Aussichten bei der Abneigung des Bauernbundes überhaupt in eine Regierung einzutreten, nicht sehr groß sind. Zuvor müßte aber auch die Streitfrage, ob die **Geschäftsordnungsbestimmung** betr. der Stichwahl des Staatspräsidenten auch durch eine Minderheit mit der württ. Verfassung in Einklang steht, geklärt werden. Zunächst ist aber alles noch in der Schwebe. Nicht ausgeschlossen ist, daß auch aus der Debatte über die Große Zentrumsanfrage betr. die württ. Staatsfinanzen sich unter den Parteien ein gewisses Programm herausschält, auf Grund dessen die interfraktionellen Verhandlungen neu aufgenommen werden können. Sehr rasch dürfte eine Lösung aber kaum gefunden werden.

Borah gegen Hoover

T.U. **Washington,** 23. Mai. Senator Borah erklärte Pressevertretern, daß er im nächsten Monat weder an dem republikanischen Parteitag in Chicago noch an den anschließenden Veranstaltungen der republikanischen Partei teilnehmen werde. Diese Erklärung hat in politischen Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen. Die Beziehungen zwischen Borah und Hoover waren in den letzten Monaten ausgesprochen kühl. Borah besuchte das Weiße Haus äußerst selten. Er macht keinen Hehl aus der Enttäuschung, die Hoover ihm angeblich bereitet hat.

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[15

Weinend stand Kate Campbell vor den Beamten und erzählte ihnen alles, was sie wußte. Berichtete von der überraschenden Ankunft von Frau Hastings Zögling, von deren Freude und Absicht, das Mädchen für immer bei sich zu behalten, von der seltsamen Flucht ...

Plötzlich schlug es wie eine Bombe ein bei den Beamten, als sie den Namen des Mädchens hörten. Ellinor Grey! Das war doch die Mörderin der Lady Wilson, die Vorleserin, die entkommen und auf deren Ergreifung eine Belohnung ausgesetzt worden war!

Sie war hier gewesen, um ihre Wohltäterin zu bestehlen, um sich das Geld für ihre Flucht zu holen.

Was sich zwischen Ellinor Grey und Lizzi Hastings abgespielt haben mochte, würde vorläufig ein Geheimnis bleiben, so lange, bis man die flüchtige Mörderin aufgespürt haben würde. Nur das eine stand fest, daß Frau Hastings eines natürlichen Todes gestorben war.

Viertes Kapitel.

Ellinor Grey stand auf einer der Brücken, die über die zahlreichen Amsterdamer Grachten führten, und beobachtete einen Legger, der langsam auf dem Wasser daherkam.

Seit wenigen Stunden weilte sie nun in dieser Stadt, ohne sich über ihre weiteren Entschlüsse klar zu sein. Sie kannte Amsterdam von früher her, war des öfteren hier gewesen, mit Monsieur Leblay und dem Zirkus.

Sie wußte nur das eine, daß sie nicht hier bleiben konnte. England war zu nahe. Es war unbedingt nötig, daß sie sich anderswo in Sicherheit brachte.

Ellinor verließ die Brücke, ging nach einem der Boulevards außerhalb der Stadt.

Das Wetter war hier milder und freundlicher als in London; überall in den Anlagen blühten schon Krokusse, Tulpen und Narzissen.

Ellinor ließ sich müde auf einer Bank nieder. Wo sollte sie hingehen? Mit einem Male war sie ganz mutlos geworden. Nichts war mehr übrig von ihrem Siegesbewußtsein, alles war zusammengefallen wie ein Kartenhaus.

Was war das für ein entsetzliches Gefühl, zu wissen, daß man nach ihr fahndete als einer Verbrecherin, daß sie vogelfrei war, der Willkür der Menschen ausgeliefert? Daß man einen hohen Preis ausgesetzt hatte auf ihren Kopf! Würde sie jemals wieder froh sein, je wieder lachen können? Grau und dunkel lag die Welt vor ihr, verschlossen, hoffnungslos.

Was hatte sie nur getan, daß sie so viel leiden mußte? Die wenigen Jahre bei Mütterchen Hastings, das war der einzige Lichtblick gewesen. Von da an hatte es keine Sonne mehr gegeben für Ellinor Grey; nichts als Bitternis, Leid und Elend. Und jetzt war das Schlimmste gekommen ...

Jetzt hatte sie nicht einmal mehr jenen stillen, warmen Zufluchtswinkel bei Mütterchen Hastings, der die ganzen finsteren Jahre über auf sie gewartet hatte. Jetzt durfte sie auch dorthin nicht mehr zurück, weil man sie dort finden würde.

Sie hätte so gern ein paar Zeilen geschrieben an die alte Frau, die sich sicher in Sorge um sie verzehren würde. Aber das ging ja nicht. Frau Hastings selbst konnte nicht lesen, und kein anderer Mensch durfte erfahren, wo sie sich aufhielt.

Auf einmal befiel sie lähmender Schrecken. Wie, wenn der wirkliche Henry Smith den Verlust seines Passes bemerkte und irgendeinen Zusammenhang zwischen diesem Verlust und Ellinor Grey kombinierte — jener Mörderin Ellinor Grey, die doch der Zögling seiner Tante gewesen war? Man konnte nicht wissen, ob er nicht hingehen und alle diese Tatsachen der Polizei melden würde.

Ellinor durfte es nicht darauf ankommen lassen. Es blieb ihr nicht weiter übrig, als sich doch jenes Passes zu bedienen, den ihr Charlie Hickson gebracht hatte. Dann würde sie auch die Brille nicht brauchen, die schon anfing, recht lästig zu werden. Erst dann, wenn sie John Murray hieß, hatte sie die Spur wirklich hinter sich verwischt.

Ellinor Grey verließ die Spazierwege und suchte die innere Stadt auf. Dort ging sie in ein elegantes Herrenkleidergeschäft, kaufte einen Anzug, Schuhe und Wäsche; außerdem alle die anderen Kleinigkeiten, die zum Anzug eines gutgekleideten Mannes gehörten. Das alles ließ sie sich in ein Hotel schicken, das sie gleich darauf aufsuchte, um sich ein Zimmer zu nehmen.

Zuvor hatte sie sich noch zwei Koffer gekauft, einen kleineren und einen größeren. Nachdem sie sich umgezogen hatte, packte sie alles das, was Henry Smith gehörte, in den kleineren Koffer und brachte ihn an den Bahnhof, zur Gepäckaufbewahrungsstelle. Hier mochte er so lange liegen, bis er von Staats wegen geöffnet wurde. Dann war John Murray schon über alle Berge, und sie mochten mit den Kleidern anfangen, was sie wollten.

Ellinor war jetzt fest entschlossen, mit dem nächst auslaufenden Dampfer nach Amerika zu fahren. Sie ging in eine Schiffsagentur. Das nächste Schiff fuhr übermorgen. Sie bestellte sich einen Platz.

Jetzt war sie wieder ganz ruhig. Bisher war alles glatt verlaufen; sie bewegte sich unbefangen und selbstverständlich als Mann. Kein Mensch hatte ihr bis jetzt die Verkleidung angesehen. Sie war sicher, daß sie unangefochten Europa würde verlassen können.

Am Nachmittag schrieb sie einen Brief: an Charlie Hickson.

„... Du wirst mich vergeblich in meiner Wohnung gesucht haben, in jener schrecklichen Nacht. Ich floh, um nicht mitschuldig zu werden an Deiner entsetzlichen Tat. Aber die Flucht hat nichts genützt, ich muß doch für den Mord büßen, den Du vollbracht hast.

Ich muß in der Welt umherirren, heimatlos, ohne Ruhe. Möge nie die Strafe über Dich kommen dafür, daß Du mein Leben vernichtet hast, mit einer Grausamkeit ohnegleichen!

(Fortsetzung folgt.)